

Globalisierung und die Transformation des Parteienwettbewerbs in Österreich: eine Analyse der Angebotsseite

Dolezal, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dolezal, M. (2005). Globalisierung und die Transformation des Parteienwettbewerbs in Österreich: eine Analyse der Angebotsseite. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 34(2), 163-176. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-60965>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Martin Dolezal (München)

Globalisierung und die Transformation des Parteienwettbewerbs in Österreich. Eine Analyse der Angebotsseite

Der vorliegende Beitrag beruht auf der These, dass die Globalisierung zu einer Rekonfiguration nationaler gesellschaftlicher Konfliktlagen führt. Untersucht wird dies anhand von Veränderungen des Parteienwettbewerbs in Österreich von 1975 bis 2002. Die thematischen Positionierungen der Parteien wurden durch eine quantitative Inhaltsanalyse der Wahlkampfberichterstattung in Printmedien gewonnen und mittels einer multidimensionalen Skalierung in einem politischen Raum dargestellt. Die Analyse zeigt den Wandel des Parteienwettbewerbs und die inhaltlichen Angebote der Parteien für GewinnerInnen und VerliererInnen der Globalisierung.

*Keywords: Parteiensystem, Parteienwettbewerb, Globalisierung, Wahlkampf, Österreich
party system, party competition, globalisation, election campaign, Austria*

1. Einleitung¹

Nur wenige Entwicklungen unserer Zeit sind derart umstritten wie die Globalisierung. Ihre politischen Konsequenzen sind zahlreich und bestehen nicht nur in neuen Formen politischer Repräsentation auf inter- und supranationaler Ebene, sie manifestieren sich auch im Bereich der Nationalstaaten. Die nationale Politik verliert nicht generell an Bedeutung, unterliegt jedoch einem fundamentalen Wandlungsprozess. In Westeuropa zeigt sich Globalisierung – bzw. „Denationalisierung“ (Zürn 1998; 2001) – vor allem im Prozess der europäischen Integration, die zu mehr Transnationalität in politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Bereichen führt und daher als regionale Variante jenes globalen Prozesses interpretiert werden kann (Schmidt 2003). Die politikwissenschaftliche Globalisierungsforschung konzentrierte sich bisher primär auf die, mehr oder weniger stark eingeschränkte, (national-)staatliche Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit (*policy*)

und die Gefährdung der demokratischen Legitimation von politischen Entscheidungsprozessen durch neue institutionelle Optionen jenseits des Nationalstaates (*polity*) (z.B. Cerny 1999). Die *politics*-Dimension wurde bislang hingegen nur wenig angesprochen, Untersuchungen konzentrierten sich vor allem auf das Wirken neuer sozialer Bewegungen, transnationaler Organisationen wie ATTAC und auch rechtsgerichteter Gruppen (z.B. Leggewie 2003a; 2003b). Der Blick zurück in die Nationalstaaten zeigt nun, dass die Konsequenzen der Denationalisierung nicht für alle Mitglieder einer nationalen Gesellschaft gleich sind. Vielmehr entstehen neue Konstellationen von GewinnerInnen und VerliererInnen, da die Fragmentierung zuvor integrierter Gemeinschaften zunimmt (Zürn 2001, 113). Eine zentrale Arena für die Artikulation dieser neuen gesellschaftlichen Konfliktlagen ist der Parteienwettbewerb, da die Parteien auch im Zeitalter der Globalisierung eine führende, wenngleich nicht mehr alleinige Rolle in der

Artikulation und Repräsentation von Interessen der BürgerInnen einnehmen. Die These des vorliegenden Beitrags lautet daher, dass die Globalisierung auf nationalstaatlicher Ebene zu einer Rekonfiguration politischer Konfliktlagen führt, einem Wandlungsprozess, der sich anhand von Veränderungen des nationalen Parteienwettbewerbs erfassen lässt (Kriesi 2001; Kriesi/Grande 2004).

In Anlehnung an das Lipset-Rokkan-Modell gesellschaftlicher Konfliktlagen (Lipset/Rokkan 1967) kann die Epoche der Globalisierung nach der nationalstaatlichen und der industriellen Revolution als dritte *critical juncture* in der Entwicklung moderner Gesellschaften interpretiert werden. Ein solcher „Epochenbruch“ führt zu neuen gesellschaftlichen Konfliktlagen, die sich nicht mit den alten Gegensätzen erklären lassen, aber erneut struktureller Art sind. Dieser neue Konflikt weist zwei Dimensionen auf – eine wirtschaftliche und eine kulturelle. In beiden Dimensionen stehen offensive integrationsfreundliche, defensiven protektionistischen Positionen gegenüber und bilden einen Gegensatz, der als *Nationalismus-Kosmopolitismus-Cleavage* bezeichnet werden kann. Die unter anderem auch von Beck (2002, 17) vertretene These, wonach die Globalisierung soziale und politische Strukturen innerhalb der bislang nationalstaatlich verfassten Gesellschaften transformiert, bleibt in der sozialwissenschaftlichen Debatte nicht unwidersprochen. So betont etwa Goldthorpe (2002, 21) den „normalen Wandel“, der auch die Phase der Globalisierung kennzeichne. Empirische Analysen müssen daher zeigen, ob es zu einem derart starken Wandel gekommen ist, dass das Bild eines „Bruchs“ aufrechterhalten werden kann. Für die Parteien, die als zentrale Akteurinnen westlicher Demokratien im Zentrum dieser Analyse stehen, ergeben sich durch die Globalisierung viele Herausforderungen (Smith 2001). In Bezug auf den Parteienwettbewerb müsste die angenommene Rekonfiguration der Konfliktlagen zunächst zu einem *dealignment* und einer größeren Volatilität der WählerInnenpräferenzen führen, ebenso zu einer höheren Intensität des Wettbewerbs, da sich das vorhandene Elektorat neu strukturiert. Neue Parteien treten auf, alte

Parteien verschwinden oder – und dies ist der Normalfall – müssen sich neu orientieren. Selbst wenn die „alten Parteien“ tatsächlich weitaus erfolgreicher sind als vielfach behauptet, unterliegen sie dennoch einem thematischen Wandel, der die etwa von Mair (1993) vertretene Stabilitätsthese relativiert.

Österreich stellt nun ein besonders gutes Beispiel dar, um den aufgeworfenen Fragen nachzugehen. Als weltmarktoffener Kleinstaat und EU-Mitglied ist Österreich besonders stark von Globalisierung betroffen, zudem kam es seit den 1970er Jahren zu relativ großen Veränderungen des Parteiensystems. Die auf Grund der Nationalratswahl im Jahre 2002 eingetretene Rückkehr zu alten WählerInnenbindungen darf nicht überbewertet werden, da kurzfristige Faktoren hierfür ausschlaggebend waren (Müller 2004, 352). Der vorliegende Beitrag geht zunächst auf den theoretischen Hintergrund der These ein und erläutert die neue Konfliktlinie (Abschnitt 2). In Abschnitt 3 werden relevante nationale Kontextfaktoren diskutiert, welche die Mobilisierung des neuen Konflikts entscheidend beeinflussen, anschließend wird die methodische Vorgehensweise erläutert (Abschnitt 4). In Abschnitt 5 werden die Ergebnisse der Analysen dargestellt, die zeigen, wie sich der *thematische* Parteienwettbewerb in Österreich seit Mitte der 1970er Jahre verändert hat.

2. Globalisierung als *critical juncture*?

Die Epoche der Globalisierung stellt für die nationalstaatlich basierten Gesellschaften eine neuartige und weitreichende Entwicklung dar, deren tatsächliches Ausmaß aus unserer begleitenden Beobachterperspektive zwar nur schwer abzuschätzen ist, aber als einschneidend interpretiert werden kann (Beisheim et al. 1999). Die zunehmende Denationalisierung der westeuropäischen Gesellschaften und die immer loser abgegrenzten Territorien stellen bestehende *Cleavage*-Strukturen und die darauf aufbauenden Parteiensysteme zunehmend in Frage (Bartolini 2000, 4). Als Erklärung für den Wandel nationaler Konfliktstrukturen wurden bislang meist nationale, „endogene“ Faktoren

herangezogen, wenngleich es „exogene“ Entwicklungen gibt, deren Auswirkungen auf nationale politische Konflikträume auch längerfristig beträchtlich waren: etwa die „Große Depression“ von 1873-1896, der wirtschaftliche Zusammenbruch von 1929 oder auch die Ölkrise von 1973 (Gourevitch 1978, 884). Die Bedeutung exogener Faktoren für die Rekonfiguration nationaler Konfliktstrukturen beschränkt sich jedoch nicht auf ausgeprägte Krisenzeiten. Allein die stärkere Beteiligung am internationalen Handel, ein wesentliches Element der Globalisierung, kann nationale *cleavages* verändern (Rogowski 1987). Ökonomische Anpassungsprozesse schaffen dann Raum für politische EntrepreneurInnen „to fundamentally reorganize domestic politics“ (Milner/Keohane 1996, 16). Solche politischen „UnternehmerInnen“ sind immer noch primär die Parteien, die den veränderten Rahmenbedingungen nicht hilflos ausgesetzt sind, sondern sie für ihre Zwecke – das heißt für den Gewinn von WählerInnenstimmen und die Kontrolle von Regierungsämtern – mobilisieren können.

Die Folgen der Globalisierung – seien sie nun tatsächliche oder von den WählerInnen nur angenommene – sind zahlreich: Wachsende Arbeitslosigkeit und Migration, die Abwanderung von Industrien in Billiglohnländer oder die Verbreitung von Pornografie über das Internet werden zunehmend mit der zu großen Öffnung eines Landes verbunden. Der Wunsch nach einem Wiedererstarken nationaler Grenzbeziehungen kann so an Bedeutung gewinnen, wobei AnhängerInnen dieser Forderung im gesamten politischen Spektrum zu finden sind (Berger 2000, 58). Das neue, durch die zunehmende Entgrenzung ausgelöste *cleavage* kann daher in zumindest zwei Dimensionen differenziert werden: eine ökonomische und eine kulturelle. In der *ökonomischen Dimension* werden vor allem negative Auswirkungen der Globalisierung auf die soziale Gleichheit nationaler Gesellschaften und die Gefährdung des europäischen Wohlfahrtsstaates diskutiert. Hat die Globalisierung den Nachkriegskonsens der „goldenen Jahre“ (Lutz 1992) zerstört? In jedem Fall hat sie dazu beigetragen, „millions of workers and thousands of firms“ dem Markt

auszusetzen (Schwartz 2001, 44). Seit den 1980er Jahren tritt in vielen Industriestaaten eine wachsende Ungleichheit auf (Alderson/Nielsen 2002), von der vor allem ungelernete ArbeiterInnen besonders stark betroffen sind (Kapstein 2000, 359f.). Wachsende Ungleichheit wurde bereits im späten 19. Jahrhundert mit dem gestiegenen Freihandel verbunden, was zu protektionistischen Abwehrreaktionen führte. Eine erneute Abkehr von liberalen Prinzipien der Wirtschaftspolitik erscheint auch heute nicht ausgeschlossen (Williamson 1996). In der *kulturellen Dimension* bedeutet Globalisierung vor allem die alltägliche Begegnung mit dem „Fremden“. Die zum Teil massive Zuwanderung in westeuropäische Staaten kann zu Konflikten führen, da EinwanderInnen – in letzter Zeit vor allem jene muslimischen Glaubens – als Bedrohung der nationalen Identität (Schnapper 1994) und als MitbewerberInnen oder gar GegnerInnen bei der Verteilung von Lebenschancen, etwa von Arbeitsplätzen oder (sozialem) Wohnraum, gesehen werden. In beiden Konfliktdimensionen des Gegensatzes stehen demnach Optionen der Öffnung (Freihandel bzw. der Aufbau einer multikulturellen Gesellschaft) Optionen der Abschottung (Protektionismus bzw. Betonung der nationalen Identität) gegenüber.

3. Bedeutung des nationalen Kontextes

Auch wenn die Globalisierung das auslösende Moment für die Transformation innergesellschaftlicher Konfliktlagen ist, bedeutet dies nicht, dass nationale Rahmenbedingungen an Erklärungskraft verloren haben. Im Gegenteil: Die Art und Weise ob und wie der neue strukturelle Konflikt in den Parteienwettbewerb einbezogen wird, hängt von zahlreichen Faktoren ab (vgl. Kriesi/Grande 2004), die zusammen als „nationaler Kontext“ bezeichnet und nun anhand der Entwicklung in Österreich diskutiert werden. Zunächst steht die Stärke der traditionellen *cleavages* in einem negativen Verhältnis zur Größe des neuen Konfliktpotenzials. Nur dort, wo die alten Konflikte „gelöst“ sind bzw. an Bedeutung verloren haben,

ist – ausgehend von einer Art „Nullsummenthese“ (vgl. Kriesi/Duyvendak 1995, 5-10) – ein Durchbruch des neuen Konflikts zu erwarten. In Österreich war die Erklärungskraft der Sozialstruktur, das heißt der beiden traditionellen Konfliktlinien Klasse und Religion (genauer: Religiosität) für das Wahlverhalten bis in die 1970er Jahre höher als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern (Haerpfer/Gehmacher 1984; Haerpfer 1985). Seit den 1980er Jahren haben herkömmliche sozialstrukturelle Faktoren an Erklärungskraft für das Wahlverhalten stark eingebüßt, wenngleich sie keineswegs irrelevant geworden sind (Müller 2000; Plasser et al. 2000; Plasser et al. 2003). Die Wechselbereitschaft der WählerInnen ist gestiegen; Parteien, Verbände und Kirchen verzeichnen seit Jahren einen Rückgang an Mitgliedern, der bei den Parteien seit 1980 rund ein Drittel beträgt (Mair/van Biezen 2001, 12). Im internationalen Vergleich kann daher zu Beginn des 21. Jahrhunderts von einer relativ geringen Stärke der traditionellen *cleavages* ausgegangen werden. Traditionelle Konfliktlinien verlieren vor allem bei fortgeschrittener – und positiver – ökonomischer Entwicklung an Bedeutung, wogegen kulturelle Veränderungen in Richtung postmaterieller bzw. links-libertärer Einstellungen aufkommen (Inglehart 1977). Mehrere ökonomische Daten, etwa die Höhe des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf oder auch die Arbeitslosenquote, verweisen in den 1990er Jahren auf eine relativ günstige wirtschaftliche Entwicklung. Bei der Egalität der Einkommensverteilung lag Österreich im Jahre 1999 auf Rang sechs der EU-Mitglieder. Ferner zählt Österreich auch zu jenen Ländern, die über einen besonders hohen Anteil an „Modernisierungsgewinnern“ (Hadler 2004, 24f.) verfügen. Wie andere europäische Kleinstaaten zeichnet sich Österreich seit langem durch eine Tradition der ökonomischen Offenheit und Integration in den Weltmarkt aus, die jedoch mit internen Kompensationsstrategien verbunden wurde (Katzenstein 1985). Dieser Handlungsspielraum ist durch die Globalisierung gesunken. Zwar sind alle Staaten von der Globalisierung betroffen, doch zählt Österreich zu den „globalisier testen“ Ländern der Welt,² weshalb

hier wiederum von einem größeren Konfliktpotenzial ausgegangen werden muss. Als ökonomisch relativ erfolgreiches Land ist Österreich zudem attraktiv für EinwanderInnen, deren Präsenz zu kulturellen Konflikten führen kann. Vorurteile gegenüber AusländerInnen sind umso weiter verbreitet, je ungünstiger die (aktuelle) wirtschaftliche Lage und je größer die Zahl der ImmigrantInnen ist, wobei zwischen einer tatsächlichen Bedrohung in Bezug auf die Verteilung knapper Ressourcen wie Arbeit und Sozialleistungen und einer bloß eingeschätzten Bedrohung unterschieden werden kann (Quillian 1995). In Österreich ist die „AusländerInnenfrage“ seit den 1980er Jahren ein zentrales politisches Streitthema. Der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung stieg von 2,8 Anfang der 1970er Jahre bis zur Jahrtausendwende auf 9,1 Prozent an und ist deutlich höher als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern.³

Ein weiterer Kontextfaktor bezieht sich auf die nationale politische Gemeinschaft, die anhand dreier Modelle konzipiert werden kann: eines differenzialistisch-ethnischen, eines universalistisch-republikanischen und eines multikulturellen (Koopmans/Kriesi 1997). Während das „ethnische Modell“ die gemeinsame Herkunft betont und etwa die Staatsbürgerschaft im Normalfall allein über die Abstammung vergibt, ist das „republikanische Modell“ grundsätzlich offen für neue Mitglieder, fordert neben der Anerkennung der politischen Ordnung aber auch die Übernahme kultureller Verhaltensweisen und Leitbilder. Das „multikulturelle Modell“ verlangt schließlich allein die Akzeptanz der politisch-rechtlichen Ordnung und gibt Angehörigen von Minderheiten nicht nur mehr Freiräume, sondern sieht in der Vielgestaltigkeit kultureller Verhaltensweisen einen gesellschaftlichen Mehrwert. Republikanische, vor allem aber ethnische Modelle tragen somit eher zur Verschärfung des neuen Gegensatzes bei, da ihre Adaptionmöglichkeiten relativ geringer sind. Die Zuordnung einzelner Länder in eines dieser Modelle ist nicht einfach: Während etwa Großbritannien als Beispiel eines multikulturellen Modells gilt und vor allem Frankreich für das republikanische steht, ist Öster-

reich aufgrund des dominanten Abstammungsprinzips im Staatsbürgerrecht (Waldrauch/Cinar 2003, 261) eher dem ethnischen zuzuordnen.

Von zentraler Bedeutung ist ferner die Einbettung in supranationale politische Organisationen. Mit seinem 1995 erfolgten EU-Beitritt zählt Österreich zu den jüngeren Mitgliedsländern und darüber hinaus zu den skeptischsten (Fallend 2002). Aufgrund der Position als Nettozahler und Kleinstaat ergibt sich theoretisch ein hohes Konfliktpotenzial, das durch die 2004 erfolgte Osterweiterung an Schärfe gewinnen wird. Die Art und Weise wie ein vorhandenes Konfliktpotenzial politisch mobilisiert und organisiert werden kann, ist schließlich abhängig vom institutionellen Gefüge. Für das Aufkommen neuer Parteien sind etwa Rahmenbedingungen des Wahlrechts von wichtiger, jedoch nicht allein entscheidender Bedeutung (Willey 1998). Mehrheitsbasierte Systeme können neue AkteurInnen bzw. Konfliktpotenziale weniger gut in bestehende Strukturen integrieren, da die Zutrittsbarrieren relativ höher sind. Konsensbasierte Systeme besitzen hingegen eine höhere Integrationskapazität und können Konflikte – im Idealfall – durch langsamen Wandel lösen. Obwohl Österreich lange Zeit als Paradebeispiel eines auf (Eliten-)Konsens basierenden politischen Systems galt, gibt es seit den 1980er Jahren viele Entwicklungen, die für eine „Normalisierung“ in Richtung größerer Konfliktakzeptanz sprechen (Plasser/Ulram 2002).

Viele, wenngleich nicht alle angeführten „Kontextfaktoren“ lassen die These zu, dass der neue, durch die Globalisierung ausgelöste Konflikt in Österreich über ein relativ hohes Potenzial verfügt. Die politische Mobilisierung dieses Potenzials kann unterschiedlich erfolgen, wobei hier ausschließlich politische Parteien untersucht werden. Aus diesem Blickwinkel können zwei Formen von Veränderungen unterschieden werden: das Aufkommen neuer und der Wandel bestehender Parteien. Neue Parteien in der untersuchten Periode sind vor allem die Grünen (Dachs 1997) und – für eine relativ kurze Phase in den 1990er Jahren – das Liberale Forum (LIF) (Liegl 1997). Ferner könnte auch die FPÖ aufgrund ihrer weitreichenden Neu-

orientierung ab Mitte der 1980er Jahre (Plasser/Ulram 1995) als „neue“ Partei betrachtet werden, wenngleich Elemente der Kontinuität nicht zu gering eingeschätzt werden dürfen. Die beiden traditionellen Großparteien – SPÖ und ÖVP – erlitten in den 1980er und 1990er Jahren auf Basis der WählerInnenstimmen große Einbrüche und standen daher vor der Herausforderung einer thematischen Neuorientierung.

4. Methodische Vorgehensweise

Die vorliegende Analyse behandelt die Angebotsseite des Parteienwettbewerbs, also die Themen und politischen Positionen, die in den Wettbewerb um Stimmen eingebracht werden.⁴ Um die These eines „Bruchs“ nach der Beschleunigung der Denationalisierung in den 1980er Jahren (Zürn 2001, 114) belegen zu können, werden vier Wahlen analysiert: als Referenzpunkt die Nationalratswahl von 1975, sowie die Wahlen von 1994, 1999 und 2002. Die Wahl 1995 wurde aufgrund ihres speziellen Charakters nicht berücksichtigt, da sie sehr stark auf SPÖ und ÖVP konzentriert war.

Veränderungen der thematischen Positionierung von Parteien und der daraus abgeleitete Wandel von Konflikträumen wurden bislang meist über die Analyse von Wahlprogrammen – vor allem durch die Manifesto Research Group (MRG) (Budge et al. 2001) – und ExpertInnenbefragungen (z.B. Laver/Hunt 1992) bestimmt. Die vorliegende Untersuchung geht neue methodische Wege, da die thematischen Positionierungen der Parteien anhand ihrer – über Massenmedien vermittelten – Aussagen in Wahlkämpfen analysiert werden. Im Gegensatz zur ursprünglichen Konzeption der MRG basiert die Vorgehensweise zudem nicht auf der Bedeutungstheorie des Parteienwettbewerbs, sondern erfasst auch die *Richtung* der inhaltlichen Aussagen. Dazu wurde eine Inhaltsanalyse der größten Qualitätszeitung und der größten Boulevardzeitung – beginnend zwei Monate vor jeder Wahl – durchgeführt, wobei ausschließlich redaktionelle Artikel und Gastkommentare von PolitikerInnen berücksichtigt wurden.⁵ Aufgrund einer zusätzlichen „Kontinuitätsklausel“

handelt es sich bei den Zeitungen um *Die Presse* und die *Kronzeitung*. Die quantitative, auf einzelnen Sätzen basierte Inhaltsanalyse orientiert sich an einer von Kleinnijenhuis und Kollegen (Kleinnijenhuis/Pennings 2001) entwickelten Methode, bei der politische AkteurInnen identifiziert und diese über einen numerischen Wert mit einem „Objekt“ – etwa einem politischen Thema oder anderen AkteurInnen – verbunden werden.

Für die vorliegende Analyse werden ausschließlich jene 3100 erfassten Sätze herangezogen, die eine Partei mit einem politischen Thema verbinden.⁶ Aussagen von Einparteienregierungen – also jener der SPÖ bei der Wahl 1975 – werden ebenfalls der entsprechenden Partei zugeordnet. Die Anzahl der thematischen Aussagen pro Wahlkampf liegt zwischen 565 (1975) und 989 (1999), im arithmetischen Mittel sind es 775. Die in den 1990er Jahren im Nationalrat vertretenen Parteien sind mit genügend Positionierungen im Datensatz vertreten: Sie liegen zwischen 41 (LIF 1994) und 354 (SPÖ 1999). Über Splitterparteien können hingegen kaum sinnvolle Aussagen getroffen werden, da sie in den Massenmedien zu wenig präsent sind. Im Rohdatensatz sind sehr viele (336) inhaltliche Kategorien vorhanden, die auf eine begrenzte Anzahl von Themenbereichen reduziert werden.⁷ Dies geschieht aus technischen Gründen, da die Auswertung nur eine begrenzte Zahl von Themen verträgt, aber auch aus inhaltlichen Gründen, da sich die *issues* von Wahl zu Wahl ändern, doch in den meisten Fällen einem bestimmten übergeordneten Thema zuordnen lassen. Die hier vorgestellten Ergebnisse basieren auf folgenden Themenkategorien, die jeweils eine klare Richtung aufweisen:⁸ *Wirtschaftsliberalismus* (Wettbewerb, Deregulierung und Privatisierung), *Budget und Steuern* (Abbau von Staatsverschuldung und Budgetdefizit, Steuersenkungen), *Wohlfahrtsstaat* (Ausbau bzw. Erhalt von Leistungen; gegen Selbstbeteiligungen; gegen den Abbau von Sozialbeiträgen, da dies die Finanzierung von Maßnahmen gefährdet), *Sicherheit* (Kriminalitätsbekämpfung, Polizeirechte, strengere Strafen), *Anti-Immigration* (harte Haltungen bei AusländerInnen- und Asylfragen), *Kultur-*

liberalismus (progressive Einstellungen, Freiheitsrechte, Gleichberechtigung), *Umwelt* (umweltpolitische Maßnahmen, Ablehnung von Atomenergie, ökologische Landwirtschaft), *Armee* (Finanzierung, Anschaffungen),⁹ *Europa* (EU-Beitritt, Vertiefung, Erweiterung), *Neutralität* (Beibehaltung der Neutralität, gegen einen Nato-Beitritt, gegen eine EU-Beistandspflicht), *Institutionelle Reformen* (Veränderungen des institutionellen Status quo, z.B. direkte Demokratie oder ein Ende der Sozialpartnerschaft; Kritik am „Parteienstaat“ und dem Proporz der Großparteien), *Infrastruktur* (Ausbau von Bahn und Straße sowie der Energiegewinnung – außer Atomenergie) sowie *Wissenschaft und Kultur*.¹⁰

Für jede Wahl wurde auf Basis dieses Kategoriensystems berechnet, welche Bedeutung die einzelnen Parteien den Themen zuschreiben und welche Position sie dabei einnehmen. Die Werte für die Bedeutung basieren auf den relativen Häufigkeiten der Themenennungen, die Werte der Positionierung auf den arithmetischen Mittelwerten der einzelnen Aussagen. Aus den beiden Maßzahlen Positionierung und Bedeutung lässt sich schließlich mittels des Verfahrens der multidimensionalen Skalierung (MDS) eine grafische Repräsentation der Daten erstellen, welche die Bewegungen der Parteien im „nationalen politischen Raum“ von 1975 bis 2002 zeigt (Abbildung 2). MDS bestimmt, wie „ähnlich“ bzw. „unähnlich“ verschiedene analysierte Objekte – seien es Personen, Länder oder Automarken – sind. In der hier vorgestellten Untersuchung ist „Ähnlichkeit“ mit der *Nähe* einer Partei zu einem Thema gleichzusetzen. Neben der Position der Parteien wird in einer gewichteten MDS (GMDS) zusätzlich die relative Anzahl der Nennungen als Maß für die Bedeutung eines Themas in die Analyse einbezogen. Je häufiger eine Partei ein bestimmtes Thema in einem Wahlkampf nennt und je stärker, das heißt positiver, sich eine Partei bei diesem Thema positioniert, desto näher müssten daher jene Punkte in einer GMDS-Konfiguration zu einander stehen, die diese Partei und das angesprochene Thema repräsentieren. Da etwa die Grünen sehr stark auf umweltpolitische Themen setzen (Bedeutung) und

dabei ausschließlich ökologische Positionen einnehmen (Position), erwarten wir in der grafischen Repräsentation der Daten eine räumliche Nähe zwischen den Grünen und dem Thema Umwelt, die im Zeitverlauf, aufgrund der Ausdifferenzierung des thematischen Angebots dieser Partei, aber abnehmen sollte.

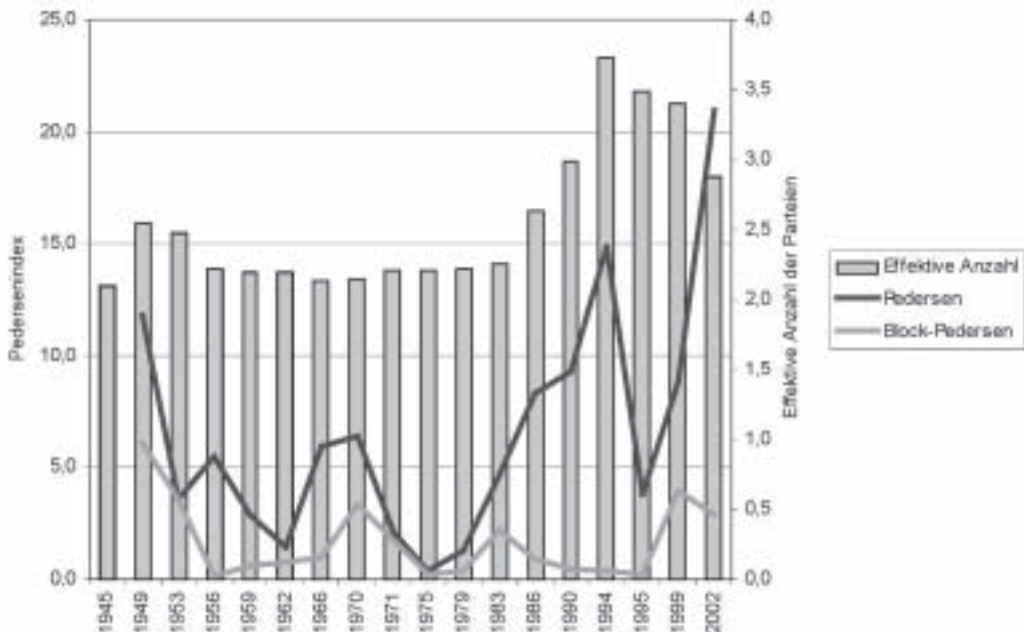
5. Österreichs Parteiensystem 1975-2002

Wie hat sich der Parteienwettbewerb von den 1970er Jahren bis zum Anfang des 21. Jahrhunderts in Österreich entwickelt? Gibt es tatsächlich eine derart große Veränderung, dass die These einer Transformation – parallel zur Globalisierung – aufrechterhalten werden kann? Die Intensität des Wettbewerbs hat seit den 1970er Jahren zugenommen (Schedler 1995), wenngleich die Regierungsoptionen bis Mitte der 1990er Jahre durch den faktischen Ausschluss

der FPÖ begrenzt waren und es bis zur Formierung der Koalition von FPÖ und ÖVP Anfang 2000 zu einer Art Kartellbildung der traditionellen Großparteien gekommen ist. Die Zusammenschau verschiedenster Dimensionen des Parteiensystems führt Müller (1997, 234) zur Einschätzung eines „generellen Wandels“, der zweithöchsten Veränderungsstufe in der Systematik von Smith (1989). Auf Basis der klassischen Typologie Sartoris (1976) konstatiert Luther (1999, 140) Mitte der 1990er Jahre „significant moves in the direction of polarized pluralism“. Vielfach wird aber – abschwächend – darauf hingewiesen, dass die Veränderungen des österreichischen Parteiensystems im internationalen Vergleich auch als Normalisierung, bzw. „Entaustrifizierung“ (Pelinka 1995), interpretiert werden können.

Die rein numerischen Veränderungen des Parteiensystems sind in jedem Fall beträchtlich (Abbildung 1). Der über den Pedersenindex

Abbildung 1: Österreichs Parteiensystem 1945–2002 (numerische Aspekte)



Anmerkung: Der Pedersenindex (Pedersen 1979) wurde auf Basis jener Parteien berechnet, die zumindest ein Mal bei einer Wahl über ein Prozent der Stimmen erreicht haben. Die Werte des „Block-Pedersen“ beziehen sich auf einen „linken“ (SPÖ, KPÖ, Grüne, LIF, DFP) und einen „rechten Block“ (ÖVP, FPÖ, VGÖ, DU, NEIN). Die effektive Anzahl der Parteien (Laakso/Taagepera 1979) wurde über die Mandatsprozente errechnet. Die teilweise erfolgten Wahlwiederholungen von 1970 und 1995 sind dabei nicht berücksichtigt.

(Pedersen 1979) berechnete WechselwählerInnenanteil war im internationalen Vergleich – abgesehen von der Wahl 1949, als die Besatzungsmächte Restriktionen für kandidierende Parteien aufhoben – lange Zeit sehr gering (Haerpfer 1985, 273). Ab den 1980er Jahren zeigt der Index aber zum Teil sehr hohe Werte,¹¹ wenngleich die WählerInnenwanderungen meist innerhalb von Parteiblöcken bzw. zwischen nahe beieinander liegenden Parteien erfolgten (Schedler 1995, 22). Umfragedaten bestätigen die Zunahme des WechselwählerInnenanteils seit den 1970er Jahren (Plasser et al. 2003, 102). Veränderungen gab es aber nicht nur bei der Volatilität der Präferenzen, sondern auch der Anzahl der Parteien. Galt Österreich bis in die 1970er Jahre als Zweiparteiensystem (Pelinka 1982, 31), erfolgte von Anfang der 1980er Jahre bis Mitte der 1990er Jahre eine Zunahme der „effektiven Anzahl“ der Parteien (Laakso/Taagepera 1979). Seit 1995 zeigen die Werte jedoch einen Rückgang, der u.a. das parlamentarische Ende des Liberalen Forums widerspiegelt. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass neue Parteien und parteiähnliche Organisationen in den 1990er Jahren mehrfach eine relevante Zustimmung erfuhren, ohne jedoch die

Repräsentationsschranke überwinden zu können.¹²

Von zentraler Bedeutung für die hier vorgestellte These sind jedoch nicht die Veränderungen der Größenverhältnisse, sondern der thematische Wandel der Parteien, für dessen Bestimmung die Daten der Inhaltsanalyse (vgl. Abschnitt 4) herangezogen werden. Zunächst sind zwei Aspekte des Parteienwettbewerbs von Interesse: die Bedeutung einzelner Themen und das Ausmaß der inhaltlichen Polarisierung. Die Bedeutung der Themen wird anhand der relativen Anzahl der Nennungen, die inhaltliche Polarisierung durch die Standardabweichung der einzelnen Parteipositionen bestimmt. Je größer die Werte der Polarisierung sind, desto unterschiedlicher waren die Stellungnahmen der Parteien zu einzelnen Themen (Tabelle 1). Die angeführten Themenkategorien lassen sich – von Ausnahmen abgesehen – so zusammenfassen, dass die Bedeutung traditioneller Themen des sozioökonomischen Links-rechts-Gegensatzes und die Bedeutung neuer Themen des Libertär-autoritär-Gegensatzes verglichen werden können. Der Anteil der traditionellen Themen (Wirtschaftsliberalismus, Budget und Steuern, Wohlfahrtsstaat) lag 1975 bei 42,3 und sank bis 2002

Tabelle 1: *Issue-Bedeutung und thematische Polarisierung bei den vier untersuchten Nationalratswahlen*

	Bedeutung (Prozentwerte)				Polarisierung (Standardabweichung)			
	1975	1994	1999	2002	1975	1994	1999	2002
Wirtschaftsliberalismus	15,58	13,37	12,23	6,88	0,11	0,28	0,32	0,38
Budget und Steuern	12,92	8,64	7,08	14,49	0,55	0,23	0,10	0,29
Wohlfahrtsstaat	13,81	8,22	18,91	12,56	0,41	0,32	0,21	0,20
Sicherheit	5,31	8,64	5,56	1,09	0,09	0,04	0,78	0,70
Anti-Immigration	0,88	4,32	2,53	6,76	0,63	0,80	0,56	0,90
Kulturliberalismus	3,89	12,12	8,59	6,88	0,14	0,54	0,44	0,48
Umwelt	3,89	1,81	5,86	11,71	0,39	0,50	0,11	0,12
Europa	1,24	5,29	1,52	8,70	0,67	0,38	0,62	0,21
Armee	0,00	7,66	9,00	10,02	–	0,17	0,07	0,62
Neutralität	0,18	3,48	5,26	2,66	0,00	0,75	0,85	0,49
Institutionelle Reformen	14,51	14,62	11,63	7,49	0,19	0,36	0,19	0,34
Infrastruktur	14,16	4,18	2,43	2,66	0,07	0,00	0,18	0,52
Wissenschaft und Kultur	13,63	7,66	9,40	8,09	0,85	0,28	0,12	0,12
(n)	(565)	(718)	(989)	(828)	(565)	(718)	(989)	(828)

auf 33,9 Prozent. Die Summe der „neuen“ Themen (Sicherheit, Immigration, Kulturliberalismus, Umwelt, Europa und Armee) betrug 1975 nur 15,2 und verdreifachte sich bis 2002 auf 45,2 Prozent. Auch die Werte der Polarisierung waren bei mehreren neuen Themen zuletzt vergleichsweise höher als in den traditionellen Politikfeldern, was auf einen Bedeutungsverlust des klassischen Links-rechts-Gegensatzes hinweist. Eine höhere Konflikträchtigkeit und größere Bedeutung besitzt nun der kulturell basierte Gegensatz.

Das primäre Interesse dieses Beitrags liegt nun in der Darstellung des politischen Raums, also einer Visualisierung des Parteienwettbewerbs. Hierfür wurden mittels einer GMDS (vgl. Abschnitt 4) die Informationen über die Beziehungen zwischen Parteien und Themen für jede einzelne Wahl bestimmt und in eine gemeinsame Konfiguration eingebettet, um die thematischen Veränderungen – also Bewegungen – der Parteien im Zeitverlauf darstel-

len zu können. Für jede der vier untersuchten Wahlen ist die Position der traditionellen Parteien SPÖ, ÖVP und FPÖ dargestellt, für die Grünen die Position bei den Wahlen seit 1994 und für das LIF die Position von 1994 und 1999. Auch die über den Zeitraum fix gesetzten Positionen der Themen sind in die Grafik (Abbildung 2) eingebettet. Die errechnete Konfiguration¹³ wurde zur besseren Interpretation der Daten so gedreht, dass der Punkt „Wirtschaftsliberalismus“ einen positiven X-Wert und den Y-Wert von 0 hat. Somit ist der sozioökonomische Links-rechts-Gegensatz zu „Wohlfahrt“ optisch leichter zu erfassen. Eine solche Vorgehensweise ist möglich, da die errechneten Distanzen zwischen den Objekten durch eine Rotation der Konfiguration nicht verändert werden (Coxon 1982, 93-94). Neben den Bewegungen der Parteien wurde auch der sozioökonomische Links-rechts-Gegensatz mit einer Linie optisch hervorgehoben, ebenso die Konfliktlinie libertär-autoritär zwischen den

Abbildung 2: **Thematische Positionierung der Parteien bei den vier untersuchten Wahlen (Ergebnisse der gewichteten multidimensionalen Skalierung)**



Anmerkung: „Budget“ steht aufgrund von Platzgründen für die Themenkategorie „Budget und Steuern“, „Wohlfahrt“ für „Wohlfahrtsstaat“, „Kultur“ für „Wissenschaft und Kultur“. Die übrigen Kategorien entsprechen den im Text erwähnten. „SPÖ02“ steht für die Position der SPÖ bei der Nationalratswahl 2002.

Punkten „Anti-Immigration“ und „Kultur-liberalismus“. Diese Vorgehensweise entspricht theoretischen Annahmen über die Veränderungen von Parteiensystemen in den 1990er Jahren, ist aber kein errechnetes Ergebnis der GMDS. Der Links-rechts-Gegensatz bezieht sich, wie in Abbildung 2 ersichtlich, nicht nur auf den Konflikt zwischen „Wohlfahrt“ und „Wirtschaftsliberalismus“, er bettet auch die Themen Umweltschutz und (egalitärer Zugang zu) Bildung/Kultur auf der wohlfahrtsstaatlichen Seite ein. Der Libertär-autoritär-Gegensatz bezieht „Europa“ auf der libertären Seite ein, womit sich eine thematische Nähe von libertären und kosmopolitischen Angeboten zeigt. Die Linie wurde aber nicht zwischen „Anti-Immigration“ und „Europa“ gezogen, da es sinnvoller ist, extreme Punkte miteinander zu verbinden.

Je zentraler Themen positioniert sind, als desto konsensualer sind sie einzustufen, etwa – ausgenommen aus Sicht der Grünen – der Bereich der Infrastruktur. Forderungen nach institutionellen Reformen sind in Österreich hingegen sehr stark mit rechtspopulistischen Kräften verbunden. So plädierte die FPÖ vor allem in den 1990er Jahren regelmäßig für einen Umbau des staatlichen und sozialpartnerschaftlichen Institutionengefüges (Stichwort „Dritte Republik“). Die weit entfernte Lokalisierung der beiden links-libertären Parteien Grüne und LIF zeigt, dass, abgesehen von der Kritik an der Sozialpartnerschaft, diese beiden Kleinparteien gewissermaßen als „Verfassungsparteien“ auftreten. Die Entfernung der Parteien zueinander hat sich im Zeitverlauf geändert: Beginnend mit den Kleinparteien standen sich Grüne und LIF Ende der 1990er Jahre sehr nahe und warben um ähnliche WählerInnensegmente, was die Liberalen ihre parlamentarische Existenz kostete. SPÖ und ÖVP standen sich in den 1970er Jahren sehr nahe, in den 1990er Jahren vergrößerte sich aber der Abstand, vor allem bei der letzten Wahl 2002. Die FPÖ war bis in die 1990er Jahre relativ nahe zur ÖVP positioniert, wobei an dieser Stelle betont werden muss, dass die kurze, genuin liberale Phase der FPÖ unter Norbert Steger im Untersuchungszeitraum nicht erfasst ist. Die Betonung wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen und (sanfte) Kritik an wirtschafts-

liberalen Inhalten der gemeinsamen Regierungspolitik mit der ÖVP ließen die Distanz zuletzt wieder anwachsen. Die Bewegungen der einzelnen Parteien in Bezug auf den thematischen Raum sind sehr unterschiedlich: SPÖ und ÖVP etwa bewegten sich im Vergleich zur Ausgangsposition 1975 zunächst in Richtung wirtschaftsliberaler Positionen und restriktiverer Finanzpolitik. Die SPÖ änderte ihren Kurs jedoch zuletzt abrupt, wobei das Ausmaß dieses Wechsels neben der Veränderung an der Parteispitze auch mit ihrer neuen Rolle als Oppositionspartei erklärt werden kann. Auch in Bezug auf die Libertär-autoritär-Dimension werden die Unterschiede zwischen der nun libertäreren SPÖ und der konservativeren ÖVP größer. Die FPÖ nahm 1994 jene Position ein, die Kitschelt (1995) als „winning formula“ bezeichnete, hat sich aber davon zuletzt verabschiedet.

Welche Positionen nehmen Österreichs Parteien nun in Bezug auf das postulierte *Nationalismus-Kosmopolitismus-Cleavage* ein, welche Entwicklung – also Bewegung im nationalen politischen Raum – haben sie vollzogen? Beginnend mit der FPÖ wurde Kitschelts These eben revidiert: Keine einzige Partei nimmt in Österreich eine Position ein, die in der ökonomischen Dimension des neuen Gegensatzes einer offensiv-integrativen, in der kulturellen jedoch einer defensiv-protektionistischen entspricht. Die FPÖ hatte sich Mitte der 1990er Jahre dieser Kombination genähert, ist davon aber wieder abgerückt. Die ÖVP ist zuletzt einer ähnlichen Position nahe gekommen, ohne aber ihre zentristischen Positionen komplett aufzugeben. Die umgekehrte Kombination, also eine kulturell offensive und wirtschaftlich defensive, wird im neuen Jahrtausend sowohl von der SPÖ als auch von den Grünen eingenommen. Die Rückbesinnung auf die Verteidigung des Wohlfahrtsstaates zeigt, dass *Dritte Wege* für die SPÖ wenig Bedeutung haben. Im Gegenteil: Die SPÖ positioniert sich nun als Beschützerin vor Konsequenzen der ökonomischen Globalisierung und macht damit von einer naheliegenden strategischen Option für Linksparteien Gebrauch (Garrett 1998). In der kulturellen Dimension des Konfliktes bleiben die Grünen die offensivste Kraft, finden in der

SPÖ aber eine Großpartei, die ihr relativ nahe steht. Die stärkere Betonung des Wohlfahrtsstaates durch die FPÖ bricht jedoch die in den 1990er Jahren aufgekommene Bipolarität des Parteiensystems (Bale 2003), da sich die Freiheitlichen hier der SPÖ angenähert haben.

Die beiden möglichen „radikalen“ Optionen des neuen Gegensatzes sind im Parteienspektrum unterschiedlich besetzt: Die FPÖ nahm zuletzt – auch in Abgrenzung zum Koalitionspartner ÖVP – ökonomisch defensive Positionen ein und verbindet diese, wenn auch schwächer als noch in den 1990er Jahren, mit kulturell defensiven. Eine offensive Positionierung in beiden Konfliktdimensionen hat im Untersuchungszeitraum allein das LIF eingenommen – vor allem bei der Nationalratswahl 1994. Das Ausscheiden aus dem Parlament 1999 zeigt aber, dass diese Position in Österreich auf zu wenig Nachfrage bei den WählerInnen trifft.

Der Gegensatz zwischen Öffnung und Abschottung ist schließlich keineswegs allein auf Basis der Position zur Europäischen Union bestimmbar (vgl. Pollak/Slominski 2002). „Europa“ ist in der hier vorgestellten Konfiguration eindeutig auf der libertären Seite der kulturellen Konfliktlinie positioniert, doch liegt das Konzept der EU – gerade aus österreichischer Sicht – auch relativ nahe bei wirtschaftsliberalen Positionen. Diese werden von SPÖ und Grünen (zuletzt auch von der FPÖ) nicht vertreten, da sie das Modell der negativen Integration im wirtschaftlichen Bereich ablehnen.

6. Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag untersuchte die Auswirkungen der Globalisierung auf den österreichischen Parteienwettbewerb. Die grundlegende These war, dass die Globalisierung zu einer Rekonfiguration nationaler Konfliktlagen und Herausbildung eines neuen strukturellen Gegensatzes zwischen GewinnerInnen und VerliererInnen der Denationalisierung führt und dass sich dieser Konflikt in der Angebotsseite des Parteienwettbewerbs widerspiegelt. Die dargestellten Ergebnisse zeigen, dass Österreichs Parteien seit den 1970er

Jahren zum Teil große inhaltliche Veränderungen vollzogen haben. Waren die 1990er Jahre noch geprägt von einer Bewegung der Parteien in Richtung marktliberaler Positionen, zeigte sich zuletzt vor allem bei der SPÖ – aber auch bei der FPÖ – eine (Rück-)Besinnung auf die Verteidigung des Wohlfahrtsstaates. Auch in der Konfliktdimension libertär-autoritär hat der Abstand zwischen den Parteien generell zugenommen, weshalb, gerade im Vergleich zur vorherigen Stabilität, von einer „Transformation“ gesprochen werden kann.

Lässt sich aus der Analyse der Daten herauslesen, welche Parteien den GewinnerInnen und welche den VerliererInnen der Globalisierung ein Angebot machen? Wenn die GewinnerInnen der Globalisierung auch in Österreich für eine Kombination von Marktwirtschaft und libertären Werten stehen, haben diese 1999 ihre genuine Vertretung im Parteiensystem verloren. Allein das Liberale Forum positionierte sich in den 1990er Jahren derart, scheiterte aber aufgrund eines offenbar zu kleinen Wählersegmentes. Die Grünen sind in Bezug auf die kulturelle Konfliktdimension die legitimen Nachfolger der Liberalen, ohne jedoch ähnlich offene Positionen im Bereich der wirtschaftlichen Dimension einzunehmen. VerliererInnen der Globalisierung erwarten von den Parteien wiederum eine Neubelebung von Grenzbeziehungen. In der kulturellen Dimension der Globalisierung wird diese Position seit den 1980er Jahren von der FPÖ erfolgreich besetzt, in der wirtschaftlichen Dimension hat die FPÖ zuletzt ebenfalls eine verstärkte defensive Position eingenommen und marktradikale Positionen der 1990er Jahre aufgegeben bzw. weniger stark betont. Auch die SPÖ macht den VerliererInnen der Globalisierung ein Angebot, verbindet dieses aber mit libertären Positionierungen in der kulturellen Konfliktdimension.

ANMERKUNGEN

- 1 Der Beitrag präsentiert Ergebnisse des Projekts „Nationaler politischer Wandel in entgrenzten Räumen. Eine vergleichende Untersuchung zu den Auswirkungen der Globalisierung auf die nationale Poli-

- tik“, eines Teilprojekts des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Sonderforschungsbereiches „Reflexive Modernisierung“ (SFB 536). Projektleiter sind Edgar Grande (LMU-München) und Hanspeter Kriesi (Universität Zürich), als Mitarbeiter sind Romain Lachat, Timotheos Frey und Simon Bornschiefer in Zürich tätig, der Autor in München. Während das Projekt insgesamt sechs Länder (A, D, UK, CH, F, NL) analysiert, wird hier allein auf die Entwicklung in Österreich eingegangen. Für Hinweise beim Umgang mit statistischen Verfahren danke ich Romain Lachat, für wertvolle Ratschläge dem anonymen Gutachter bzw. der anonymen Gutachterin. Die Verantwortung für die Durchführung der Analyse und Interpretation der Ergebnisse liegt jedoch allein bei mir.
- 2 Im A. T. Kearney/Foreign Policy Magazine Globalization Index 2004 liegt Österreich unter 62 erfassten Ländern auf Rang neun.
 - 3 Quelle: Internet: http://www.berlin-institut.org/pdfs/Muenz_Internationale%20Migration.pdf.
 - 4 Die Nachfrageseite des Parteienwettbewerbs bleibt späteren Publikationen vorbehalten.
 - 5 In weiterer Folge werden auch TV-Nachrichten sowie Zeitungsinserate und Wahlwerbespots der Parteien in die Analyse einbezogen.
 - 6 Zusätzliche Satzstrukturen ergeben sich aus Beziehungen zwischen AkteurInnen, Bewertungen von AkteurInnen, Beziehungen von AkteurInnen zu gesellschaftlichen Gruppen und schließlich Aussagen über den Zustand von AkteurInnen. Der letztgenannte Satztyp enthält etwa Informationen über den Gebrauch von Meinungsumfragen im Sinne des „Horse-Race Journalism“.
 - 7 Neben den dargestellten Kategorien wurden in der Inhaltsanalyse auch Aussagen zur Regierungsbildung erfasst, die hier jedoch nicht von Interesse sind.
 - 8 Themen, die keine Richtung aufweisen (z.B. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit), wurden in diese Kategorien nicht aufgenommen.
 - 9 Aussagen über die Wehrpflicht wurden unabhängig von ihrer Richtung als positiv bewertet, da beide Sichtweisen (Berufsheer und Milizheer) als positive Aussagen zur Armee interpretiert werden können.
 - 10 Eine thematische Richtung der Aussagen ist vielfach nicht gegeben, weshalb nur solche als „positiv“ bewertet wurden, die für einen breiten Zugang zu Kultur und Bildung eintreten. Die Frage, ob etwa Studiengebühren „positiv“ oder „negativ“ für die Wissenschaft (bzw. die Studierenden) sind, stellt letztlich eine ideologische Streitfrage dar und kann hier nicht beantwortet werden.
 - 11 Z.B. liegt der 2002 erreichte Indexwert mit 20,2 nur einen Punkt unter der „earthquake election“ in Dänemark von 1973 (Mair 1993, 124). Im Gegensatz zu Dänemark erfolgten die WählerInnenwanderungen jedoch allein zwischen bereits bestehenden Parteien.
 - 12 Vor allem die Protestliste NEIN (1994 und 1995), die konservative Grünpartei VGÖ (Vereinigte Grü-

ne Österreichs) (1990) und Richard Lugners „Die Unabhängigen“ (1999).

- 13 Der Wert für die Güte der Anpassung beträgt 0,45 (Stress I) und ist somit als wenig zufriedenstellend einzustufen. Die Darstellung der Objektdistanzen in zwei Dimensionen ist hingegen gut belegt, da der normalisierte Stresswert deutlich abnimmt, wenn die Anzahl der Dimensionen von eins auf zwei erhöht wird, bei einer weiteren Erhöhung der Dimensionalität aber kaum noch sinkt. Lokale Minima wurden durch eine große Anzahl zufällig gewählter Ausgangskonfigurationen vermieden.

LITERATUR

- Alderson, Arthur S./François Nielsen* (2002). Globalization and the Great U-Turn: Income Inequality Trends in 16 OECD Countries, in: *American Journal of Sociology*, 107(5), 1244–1299.
- Bale, Tim* (2003). Cinderella and Her Ugly Sisters: The Mainstream and Extreme Right in Europe's Bipolarising Party Systems, in: *West European Politics*, 26(3), 67–90.
- Bartolini, Stefano* (2000). National cleavage structures and the integration issue dimension (Paper für „Colloque CEVIPOF-CERI“, SCIENCES PO, Paris, 26./27.5.2000).
- Beck, Ulrich* (2002). The Cosmopolitan Society and its Enemies, in: *Theory, Culture & Society*, 19 (1–2), 17–44.
- Beisheim, Marianne/Sabine Dreher/Gregor Walter/Bernhard Zangl/Michael Zürn* (1999). Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung, Baden-Baden.
- Berger, Suzanne* (2000). Globalization and Politics, in: *Annual Review of Political Science*, 3(1), 43–62.
- Budge, Ian/Hans-Dieter Klingemann/Andrea Volkens/Judith Bara/Eric Tanenbaum* (2001). Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945–1998, Oxford.
- Cerny, Philip G.* (1999). Globalization and the erosion of democracy, in: *European Journal of Political Research*, 36(1), 1–26.
- Coxon, Anthony P. M.* (1982). The User's Guide to Multidimensional Scaling with Special Reference to the MDS(X) Library of Computer Programs, London.
- Dachs, Herbert* (1997). Grünalternative Parteien, in: *Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Franz Horner/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos* (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, Wien, 304–314.
- Fallend, Franz* (2002). Opposing Europe: Euroscepticism of Political Parties in Austria (Paper für ECPR Joint Sessions of Workshops Turin, März 2002).

- Garrett, Geoffrey (1998). *Partisan Politics in the Global Economy*, Cambridge.
- Goldthorpe, John H. (2002). Globalisation and Social Class, in: *West European Politics*, 25(3), 1–28.
- Gourevitch, Peter (1978). The second image reversed: the international sources of domestic politics, in: *International Organization*, 32(4), 881–912.
- Hadler, Markus (2004). Modernisierungsverlierer und –gewinner. Ihre Anteile, Wahrnehmungen und Einstellungen in einem 30 Staaten umfassenden Vergleich, in: *SWS-Rundschau*, 44(1), 7–32.
- Haerpfer, Christian (1985). Austria, in: Ivor Crewe/David Denver (Hg.): *Electoral Change in Western Democracies. Patterns and Sources of Electoral Volatility*, London, 264–286.
- Haerpfer, Christian/Ernst Gehmacher (1984). Social Structure and Voting in the Austrian Party System, in: *Electoral Studies*, 3(1), 25–46.
- Inglehart, Ronald (1977). *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton.
- Kapstein, Ethan B. (2000). Winners and Losers in the Global Economy (Review Essay), in: *International Organization*, 54(2), 359–384.
- Katzenstein, Peter J. (1985). *Small States in World Markets. Industrial Policy in Europe*, Ithaca.
- Kitschelt, Herbert (1995). *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor.
- Kleinnijenhuis, Jan/Paul Pennings (2001). Measurement of party positions on the basis of party programmes, media coverage and voter perceptions, in: Michael Laver (Hg.): *Estimating the Policy Positions of Political Actors*, London, 162–182.
- Koopmans, Ruud/Hanspeter Kriesi (1997). *Citoyenneté, identité nationale et mobilisation de l'extrême droite. Une comparaison entre la France, l'Allemagne, les Pays-Bas et la Suisse*, in: Pierre Birnbaum (Hg.): *Sociologie des nationalismes*, Paris, 295–324.
- Kriesi, Hanspeter (2001). Nationaler politischer Wandel in einer sich denationalisierenden Welt, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 46(2), 206–213.
- Kriesi, Hanspeter/Jan-Willem Duyvendak (1995). National Cleavage Structures, in: Hanspeter Kriesi/Ruud Koopmans/Jan-Willem Duyvendak/Marco G. Giugni (Hg.): *New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis*, Minneapolis, 3–25.
- Kriesi, Hanspeter/Edgar Grande (2004). Nationaler politischer Wandel in entgrenzten Räumen, in: Ulrich Beck/Christoph Lau (Hg.): *Entgrenzung und Entscheidung. Was ist neu an der Theorie reflexiver Modernisierung?*, Frankfurt am Main, 402–420.
- Laakso, Markku/Rein Taagepera (1979). „Effective“ Number of Parties. A Measure with Application to West Europe, in: *Comparative Political Studies*, 12(1), 3–27.
- Laver, Michael/W. Ben Hunt (1992). *Policy and Party Competition*, New York.
- Leggewie, Claus (2003a). *Die Globalisierung und ihre Gegner*, München.
- Leggewie, Claus (2003b). Rechts gegen Globalisierung, in: *Internationale Politik*, 58(4), 33–40.
- Liegl, Barbara (1997). Das Liberale Forum, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Franz Horner/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos (Hg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik*, Wien, 315–322.
- Lipset, Seymour M./Stein Rokkan (1967). Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction, in: Seymour M. Lipset/Stein Rokkan (Hg.): *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*, New York, 1–64.
- Luther, Kurt Richard (1999). Austria: From Moderate to Polarized Pluralism?, in: David Broughton/Mark Donovan (Hg.): *Changing Party Systems in Western Europe*, London, 118–142.
- Lutz, Burkart (1992). Die Singularität der europäischen Prosperität nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Hartmut Kaelble (Hg.): *Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Europa*, Opladen, 35–59.
- Mair, Peter (1993). Myths of electoral change and the survival of traditional parties, in: *European Journal of Political Research*, 24(2), 121–133.
- Mair, Peter (1995). Political Parties, Popular Legitimacy and Public Privilege, in: Jack Hayward (Hg.): *The Crisis of Representation in Europe*, London, 40–57.
- Mair, Peter/Ingrid van Biezen (2001). Party Membership in Twenty European Democracies, 1980–2000, in: *Party Politics*, 7(1), 5–21.
- Milner, Helen V./Robert O. Keohane (1996). Internationalization and Domestic Politics. An Introduction, in: Robert O. Keohane/Helen V. Milner (Hg.): *Internationalization and Domestic Politics*, Cambridge, 3–24.
- Müller, Wolfgang C. (1997). Das Parteiensystem, in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Franz Horner/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos (Hg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik*, Wien, 215–234.
- Müller, Wolfgang C. (2000). Wahlen und Dynamik des österreichischen Parteiensystems seit 1986, in: Fritz Plasser/Peter A. Ulram/Franz Sommer (Hg.): *Das österreichische Wahlverhalten*, Wien, 13–54.
- Müller, Wolfgang C. (2004). The parliamentary election in Austria, November 2002, in: *Electoral Studies*, 23(2), 346–353.
- Pedersen, Mogens N. (1979). The Dynamics of European Party Systems: Changing Patterns of Electoral Volatility, in: *European Journal of Political Research*, 7(1), 1–26.
- Pelinka, Anton (1982). Struktur und Funktion der politischen Parteien, in: Heinz Fischer (Hg.): *Das politische System Österreichs. Dritte, ergänzte Auflage*, Wien, 31–53.
- Pelinka, Anton (1995). *Die Entaustrifizierung Österreichs. Zum Wandel des politischen Systems 1945–*

- 1995, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 24(1), 5–16.
- Plasser, Fritz/Gilg Seeber/Peter A. Ulram* (2000). Breaking the Mold: Politische Wettbewerbsräume und Wahlverhalten Ende der neunziger Jahre, in: Fritz Plasser/Peter A. Ulram/Franz Sommer (Hg.): *Das österreichische Wahlverhalten*, Wien, 55–115.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram* (1995). Wandel der politischen Konfliktodynamik: Radikaler Rechtspopulismus in Österreich, in: Wolfgang C. Müller/Fritz Plasser/Peter A. Ulram (Hg.): *Wahlverhalten und Parteienwettbewerb. Analysen zur Nationalratswahl 1994*, Wien, 471–503.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram* (2002). Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur?, Wien.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram/Gilg Seeber* (2003). Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten, in: Fritz Plasser/Peter A. Ulram (Hg.): *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien, 97–157.
- Pollak, Johannes/Peter Slominski* (2002). Die österreichischen politischen Parteien und die europäische Integration: Stillstand oder Aufbruch?, in: Heinrich Neisser/Sonja Puntischer Riekmann (Hg.): *Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft*, Wien, 177–199.
- Quillian, Lincoln* (1995). Prejudice as a response to perceived group-threat: Population composition and anti-immigrant and racial prejudice in Europe, in: *American Sociological Review*, 60(4), 586–611.
- Rogowski, Ronald* (1987). Political Cleavages and Changing Exposure to Trade, in: *American Political Science Review*, 81(4), 1121–1137.
- Sartori, Giovanni* (1976). *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*, Cambridge.
- Schedler, Andreas* (1995). Zur (nichtlinearen) Entwicklung des Parteienwettbewerbs (1945–1994), in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 24(1), 17–34.
- Schmidt, Vivian A.* (2003). European Integration as Regional Variant of Globalization: The Challenges to National Democracy, in: Ines Katenhusen/Wolfram Lamping (Hg.): *Demokratien in Europa. Der Einfluss der europäischen Integration auf Institutionenwandel und neue Konturen des demokratischen Verfassungsstaates*, Opladen, 205–228.
- Schnapper, Dominique* (1994). The Debate on Immigration and the Crisis of National Identity, in: *West European Politics*, 17(2), 127–139.
- Schwartz, Herman* (2001). Round up the Usual Suspects!: Globalization, Domestic Politics, and Welfare State Change, in: Paul Pierson (Hg.): *The New Politics of the Welfare State*, Oxford, 17–44.
- Smith, Gordon* (1989). A System Perspective on Party System Change, in: *Journal of Theoretical Politics*, 1(3), 349–363.
- Smith, Julie* (2001). Political Parties in a Global Age, in: Daphné Josselin/William Wallace (Hg.): *Non-state Actors in World Politics*, New York, 59–75.
- Waldrach, Harald/Dilek Cinar* (2003). Staatsbürgerschaftspolitik und Einbürgerungspraxis in Österreich, in: Heinz Fassmann/Irene Stacher (Hg.): *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen, sozio-ökonomische Strukturen, rechtliche Rahmenbedingungen*, Klagenfurt, 261–283.
- Willey, Joseph* (1998). Institutional Arrangements and the Success of New Parties in Old Democracies, in: *Political Studies*, 46(3), 651–668.
- Williamson, Jeffrey G.* (1996). Globalization and Inequality then and now: The late 19th and late 20th centuries compared (NBER Working Paper Series, Working Paper 5491).
- Zürn, Michael* (1998). Schwarz-Rot-Grün-Braun: Reaktionsweisen auf Denationalisierung, in: Ulrich Beck (Hg.): *Politik der Globalisierung*, Frankfurt am Main, 297–330.
- Zürn, Michael* (2001). Politische Fragmentierung als Folge der gesellschaftlichen Denationalisierung, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmayer (Hg.): *Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien*, Frankfurt am Main, 111–139.

AUTOR

Martin DOLEZAL, Studium der Politikwissenschaft in Wien, Promotion 2000. Lehrbeauftragter am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der LMU-München. Projektmitarbeiter im Sonderforschungsbereich 536 „Reflexive Modernisierung“. Forschungsinteressen: Parteien- und Parteiensysteme, Wahlenanalysen, Parlamentarismus.

Kontakt: Ludwig-Maximilians-Universität München, Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft, Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft, Oettingenstraße 67, D-80538 München.

E-Mail: martin.dolezal@lrz.uni-muenchen.de